

William T. Markham

**Überleben in schwierigen Zeiten
Deutsche Umweltorganisationen im 20. Jahrhundert**

artec-paper Nr. 112
Juni 2004

ISSN 1613-4907



artec - Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Enrique-Schmidt-Str. 7
Postfach 330 440
28334 Bremen

<http://www.artec.uni-bremen.de>

Überleben in schwierigen Zeiten

Deutsche Umweltorganisationen im 20. Jahrhundert ¹

Prof. Dr. William T. Markham
 Department of Sociology
 University of North Carolina at Greensboro

Ich bin froh hier zu sein. Ich möchte gerne Hellmuth Lange und Hans Dieter Hellige für die Einladung zu diesem Vortrag und für ihre Gastfreundlichkeit danken.

Ich schreibe derzeit ein Buch über die deutschen Umweltorganisationen. Als Spezialist für Organisationssoziologie mit dem Schwerpunkt der Soziologie von Nicht-Regierungsorganisationen interessiere ich mich insbesondere für Umweltorganisationen, die über eine Satzung und einen Vorstand verfügen und die verhältnismäßig lange fortbestehen. Etwa ein Drittel des Buches behandelt die Geschichte solcher Organisationen; der Rest widmet sich der Analyse der aktuellen Dilemmata, mit denen diese Organisationen konfrontiert werden.

In meinem heutigen Vortrag gehe ich nur auf die Geschichte der Umweltorganisationen ein und zwar nicht als Historiker, sondern als Soziologe. Ich versuche die Geschichte nicht nur zu erzählen, sondern sie soziologisch zu deuten. Daher muss ich mit ein bisschen Theorie beginnen.

1. Theoretische Perspektiven der Analyse von Umweltorganisationen

Um Umweltorganisationen zu analysieren, verwenden Sozialwissenschaftler zwei Perspektiven am häufigsten. Sie betrachten sie entweder als Interessengruppen oder als Bewegungsorganisationen. Sieht man Umweltorganisationen als *Interessengruppen*, nennt man sie normalerweise Verbände und ordnet sie in dieselbe Kategorie wie Gewerkschaften, Industrieverbände oder Verbraucherverbände ein. Solche Verbände versuchen Politik und Gesetzgebung mittels Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zu beeinflussen, d.h. sie fungieren als Vermittler, die Interessen ihrer Mitglieder bündeln und vertreten. Im Extremfall, im sogenannten Korporativismus, sind die

¹ Überarbeitete Version eines Vortrags, gehalten am 19. Mai 2004 im Forschungszentrum Nachhaltigkeit an der Universität Bremen (artec). Ich danke Hans Dieter Hellige, der mein Deutsch in eine korrekte deutsche Ausdrucksweise "übersetzt" hat und die erste Version kommentierte. Ich habe schon mehrere "Papers" (Im Anhang findet sich eine Liste.) über die deutschen Umweltorganisationen auf verschiedenen Tagungen präsentiert. Die "Papers" überschneiden sich teilweise, aber zusammen betrachtet bieten sie einen guten Überblick über meine Hauptthemen. Man kann alle Artikel von mir erhalten. Weitere Zitate findet man in den "Papers".

Verbände und der Staat eng miteinander verflochten. Vertreter der Verbände nehmen dann formell und informell an Entscheidungen teil und die Verbände werden vom Staat gesetzlich und finanziell unterstützt.

Umweltverbände sind für die Interessengruppentheorie problematisch aus zwei Gründen. Erstens vertreten sie allgemeine Interessen; und deshalb taucht immer wieder das bekannte Trittbrettfahrer-Problem auf. Infolgedessen muss Mitgliedermotivation viel stärker problematisiert werden als im Falle der normalen Interessengruppen. Zweitens, obgleich diese Betrachtungsweise uns zwar helfen kann, einige Umweltorganisationen in bestimmten Zeiträumen zu verstehen, ist sie alles andere als allgemein anwendbar. Denn kann man wirklich den “Worldwide Fund for Nature” (WWF) als eine Interessengruppe beschreiben? Seine Hauptaufgabe ist doch nicht, Regierungen zu beeinflussen, sondern Spenden einzuwerben, um Wildnis und gefährdete Tierarten zu retten. In der Nazizeit wurde der Bund für Vogelschutz (BfV) gleichgeschaltet und umbenannt in Reichsbund für Vogelschutz. War er damals eine Interessengruppe oder eine Organisation des Staates? In der zweiten Hälfte der 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre war der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in der Anti-Kernkraftbewegung stark beteiligt. Die damalige Regierung hat in der Regel die Aufnahme von Verhandlungen mit ihm abgelehnt. Fungierte der BUND so als eine Interessengruppe oder als eine Bewegungsorganisation?

Das führt uns zu der anderen Betrachtungsweise: Umweltorganisation als *Organisationen sozialer Bewegungen*. Nach diesem Ansatz sind Umweltorganisationen als Teil der Umweltbewegung zu analysieren. Sie repräsentieren selbstverständlich nicht die ganze Bewegung. Es gibt neben ihnen auch lokale Gruppen, locker organisierte Netzwerke von Gruppen, Umweltmedien, die Umweltszene usw. Die Bedeutung von Umweltorganisationen für die Umweltbewegung ist deshalb in der Theorie sozialer Bewegungen theoretisch kontrovers. Die “Resource Mobilization Theory” sieht Bewegungsorganisationen als einen wichtigen Bestandteil sozialer Bewegungen, die zu der Koordinierung und Organisation von Bewegungsaktivitäten und der Mobilisierung von Geldern, Teilnehmern und Unterstützung beitragen. Demgegenüber haben Theorien von Neuen Sozialen Bewegungen, die in den 80er Jahren entwickelt wurden, um die feministischen, Friedens- und Umweltbewegungen zu analysieren, die Betonung von Basisdemokratie und Ablehnung von Hierarchie, Bürokratie, und Zentralisierung in diesen Bewegungen hervorgehoben. Sie betrachteten Umweltorganisationen fast als Überbleibsel einer vergangenen Ära oder als Randerscheinung. Diese Bewertung wurde — meiner Meinung nach — von den Folgeereignissen nicht bestätigt. Theorien von sozialen Bewegungsorganisationen sind jedenfalls nur nützlich, wenn man bestimmte Umweltorganisationen in bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten analysieren will. Theorien von sozialen Bewegungsorganisationen erklären die Entwicklung von

BUND in den 80er und 90er Jahren ganz gut, aber für den WWF zu jedem Zeitpunkt, den BfV in den 50er Jahren oder die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ in der DDR haben sie kaum Erklärungswert. Man braucht also eine Theorie, die allgemein genug ist, alle Umweltorganisationen zu allen Zeitpunkten zu analysieren.

Zu diesem Zweck, verwende ich hauptsächlich die *Theorie offener Systeme*. Diese Theorie sieht Organisationen vor allem als Systeme, die bestimmte Eingaben (“Inputs”) zuführen, diese Inputs bearbeiten (“process”) und einige Ausgaben (“Outputs“) erzeugen, hervorbringen (“produce“). Die “Inputs” kommen von Zulieferern (“Suppliers“). Dies sind Personen oder andere Organisationen, die die “Inputs” zur Verfügung stellen oder liefern. “Inputs” sind z.B. Rohstoffe, Dienstleistungen, Arbeitskraft, Energie, Information, und Ausrüstung. “Outputs” können hergestellte Produkte, Dienstleistungen, Abfall oder politischer Einfluß sein. Einige dieser “Outputs” werden von bestimmten Personen oder Organisationen empfangen, z.B. Kunden, Sozialhilfeempfängern, Patienten oder einem Politiker, der eine Unterschriftenliste erhält.

Aber die Aktivitäten und “Outputs” einer Organisation werden auch von anderen Personen und Organisationen beobachtet und bewertet, z.B. der Presse, verschiedenen Regierungsressorts, anderen Organisationen und eventuell durch die Öffentlichkeit. Wenn die “Outputs” positiv bewertet werden, stellen die Beobachter der Organisation sogenannte allgemeine Austauschmedien (“generalized Media of Exchange”) zur Verfügung. Diese sind vor allem Geld, Prestige, Legitimität und Einfluß. Wenn z.B. die “Outputs” einer Organisation positiv bewertet werden, bekommt sie Geld (von Kunden, von Spendern oder von der Regierung). Positive Bewertungen führen auch offenkundig zu Prestige, z.B. dem guten Ruf von Mercedes oder der Harvard Universität. Wenn die “Outputs” positiv bewertet werden, gewinnt eine Organisation auch an Legitimität. Eine Organisation hat dann Legitimität, wenn sie als dazu berechtigt gilt, ihre Rolle in der Gesellschaft zu spielen. So hat die PDS Legitimität, nur wenn die Bürger glauben, dass sie berechtigt ist, ihre Rolle als Partei in einer demokratischen Gesellschaft zu spielen. Unter Einfluß versteht man die Fähigkeit, die Meinungen oder Aktionen von anderen Personen oder Organisationen zu beeinflussen.

Eine Organisation kann diese “generalized Media of Exchange” verwenden, um zusätzliche “Inputs” zu bekommen. So lassen sich z.B. Mitarbeiter, Dienstleistungen, einige Rohstoffe, Ausrüstung usw. mit Geld beschaffen. Wenn die Arbeitskraft freiwillig ist, werden die anderen “Exchange Media” sehr wichtig. So erhält eine Umweltorganisation, die viel Geld verschwendet, ziemlich bald nur noch wenige freiwillige Mitarbeiter oder Spenden.

Umweltgruppen werden von vielen Instanzen beobachtet und bewertet, und diese Gruppen haben sehr verschiedene Ziele und Vorlieben. Deshalb kann eine Umweltorganisation es nicht immer allen recht machen. Das englische Sprichwort lautet “You can’t please all the people all the

time". Besonders wichtig ist der Unterschied zwischen den Präferenzen von Umweltaktivisten, der Wirtschaft und der Regierung. In diesem Kontext müssen Umweltorganisationen eine Strategie entwickeln, um so viele Ziele wie möglich zu realisieren, ohne ihr eigenes Überleben oder ihre Wirksamkeit zu gefährden; das ist offenkundig eine Gratwanderung!

In der jüngeren Vergangenheit haben Theoretiker der "neo-institutional" Perspektive hervorgehoben, dass Organisationen, einschließlich Umweltorganisationen, auch stark institutionalisiert sein können; d.h. dass diejenigen, die an einer Organisation teilhaben, Erwartungen darüber entwickeln, was die Organisation machen sollte. Man muss zudem darauf hinweisen, dass bei ehrenamtlichen Organisationen oder sozialen Bewegungsorganisationen die Vorstellungen der Teilnehmer hinsichtlich der Ziele und Strategien der Organisation von einem gefühlstiefen Engagement geprägt sein können. In solchen Fällen ist zu erwarten, dass der Widerstand gegen bedeutende Veränderungen der Ideologie oder der Aufgaben der Organisation besonders stark sein wird. Die Rolle einer Organisation kann auch in dem Sinne institutionalisiert sein, dass andere soziale Akteure erwarten, dass die Organisation innerhalb der Grenzen ihrer Rolle agiert. Und wenn die Organisation nicht dementsprechend agiert, bewerten sie die Organisation als mangelhaft und stellen ihr kein Geld, kein Prestige usw. zur Verfügung.

Umweltorganisationen sind normalerweise, aber nicht immer, von der Unterstützung von Mitgliedern, Aktivisten und Spendern abhängig. Deshalb müssen wir die Gründe, warum man eine Umweltorganisation unterstützt, näher in Betracht ziehen. In der deutschen Literatur, wird dieses Thema überwiegend innerhalb des Rahmens des Trittbrettfahrer-Problems diskutiert. Nach dem amerikanischen Politologen Mancur Olson kommt dieses Problem vor, wenn die folgenden zwei Voraussetzungen erfüllt sind: 1) Wenn die Organisation versucht, ein gemeinnütziges Produkt zu produzieren; d.h., wenn die Organisation ihre Ziele erreicht, nützt das allen, nicht bloß denjenigen, die mitgearbeitet haben. 2) Wenn die Beiträge des einzelnen ehrenamtlichen Mitarbeiters oder der einzelnen Spenderin zu klein sind, um zu beeinflussen, dass die Organisation ihre Ziele erreicht.

In diesem Fall sollte ein zweckrationaler Akteur sich entscheiden, nichts beizutragen. Wenn er nichts beiträgt und die Organisation trotzdem erfolgreich ist, hat er den Nutzen davon. Und wenn eine Akteurin sich entscheidet sich für die Organisation zu engagieren, hat sie offensichtlich ihre Zeit oder ihr Geld verschwendet, denn die Erfolgchancen der Organisation werden dadurch nicht wesentlich erhöht.

Doch offenkundig engagieren sich manche Bürger für Umweltverbände, und es gibt in der Fachliteratur eine langandauernde Diskussion der Gründe dafür. Olson selbst hat vorgeschlagen, dass ehrenamtliche Organisationen ihre Mitglieder durch sogenannte sekundäre Anreize ("secondary incentives") motivieren können. Dies sind Produkte oder Dienstleistungen, die nur

die Mitglieder oder Spender erhalten können, z.B. ein Mitgliedermagazin oder eine Versicherung. In der Fachliteratur, insbesondere in den USA und in Großbritannien, werden aber auch viele andere Gründe für das Engagement und Spenden angeführt, so z.B. 1) die Gelegenheit andere Mitglieder kennen zu lernen und Geselligkeit zu genießen, 2) die Gelegenheit interessante Arbeit zu leisten oder neue Fähigkeiten zu entwickeln, 3) die Gelegenheit Einfluss auszuüben, 4) die Gelegenheit die eigene Identität zu symbolisieren, (z.B. einen Greenpeace Aufkleber an das Auto aufkleben), 5) das sogenannte "Warm Glow" das man erfährt, wenn man spendet oder ehrenamtliche Arbeit leistet; d.h., man fühlt sich wohl, weil man etwas beigetragen hat. Das "Warm Glow" geschieht, weil der Mensch die Fähigkeit hat, sich als Objekt zu betrachten und sich zu loben oder zu verurteilen.

2. Überblick über die Geschichte der deutschen Umweltorganisationen

Ich möchte Ihnen jetzt einen Überblick über die Geschichte der deutschen Umweltorganisationen geben. Ich habe die Geschichte in fünf Perioden gegliedert:

- Das frühe 20. Jahrhundert
- Die Nazizeit
- Die Nachkriegszeit
- Die Phase der Konfrontation
- Neuere Entwicklungen

2.1 Das frühe 20. Jahrhundert

Die erste Periode dauerte vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Nazizeit. In diesem Zeitraum erlebte Deutschland eine schnell wachsende Industrialisierung und Urbanisierung, die mit Verschmutzung und Bedrohung der Natur begleitet war. Diese Entwicklungen wie auch die wachsende Macht der kapitalistischen Klasse bedrohten die bestehende Gesellschaftsordnung und riefen die Arbeiterklasse ins Leben. Dies sorgte bei den privilegierten Klassen und der Intelligenz, die Angst vor den schnell voranschreitenden Veränderungen, dem Verlust der nationalen Identität und dem Verlust ihrer Privilegien hatten, für Unbehagen.

Daher entstanden um die Jahrhundertwende viele soziale Bewegungen, die sich durchaus als Reaktion auf diese Veränderungen verstehen lassen: der „Wandervogel“, die Freikörperkultur usw. Eine von ihnen war die Natur und Heimatschutzbewegung, deren Prophet und Begründer der Musiker Ernst Rudorff war. Rudorff war entsetzt über die Abwanderung in die Städte, die

wachsende Größe und Macht der Arbeiterklasse, die Luft- und Wasserverschmutzung, die Verschandelung der Landschaft durch Eisenbahnen, Überlandleitungen und Talsperren sowie über die Zerstörung von schönen traditionellen Landschaften durch Flurbereinigungen. Er schimpfte auch auf das Verschwinden ländlicher Trachten, ländlicher Feste, ländlicher Sitten und die neue Touristenflut.

Rudorff wollte sowohl traditionelle Sitten als auch die schönen deutschen Kulturlandschaften und die Natur retten. Aber seine Ideen über die Natur basierten nicht auf der wissenschaftlichen Ökologie, sondern auf Sentimentalität und tiefem Konservatismus. Wie mancher Deutscher seiner Zeit glaubte auch er, dass das deutsche Volk tief im deutschen Boden und deutschen Wald verwurzelt sei. Deshalb müsse man das Volk vor dem Verfall retten und die Natur und traditionelle Lebensweise bewahren.

Wichtig in diesem Kontext ist auch Hugo Conwentz, ein Biologe und Museumsdirektor, der Leiter der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen wurde. Er wollte die wichtigsten kleinen Naturareale als Naturdenkmäler ausweisen, um sie zu schützen, und hatte damit auch beträchtlichen Erfolg.

Rudorff und Conwentz stießen mit ihren Ideen in der alten Elite und der bürgerlichen Mittelschicht auf starke Resonanz. 1904 gründete Rudorff mit gleichgesinnten Kollegen den *Bund für Heimatschutz*. Das Hauptziel dieser Organisation war der Schutz von Naturdenkmälern, Pflanzen und Tierarten, schönen Landschaften, Ruinen, historischen Gebäuden und ländlichen Sitten. Der Heimatschutzbund erreichte eine ziemlich große Mitgliederzahl, darunter allerdings nur wenige Arbeiter oder Kapitalisten.

Konfrontation mit der Industrie oder der Regierung, Demonstrationen und Proteste waren nie die Hauptstrategien des Bundes. Stattdessen versuchte der Verband seine Ziele mittels Öffentlichkeitsarbeit und Einflussnahme hinter den Kulissen zu erreichen. Ein Grossteil seiner Arbeit fand auch auf der lokalen Ebene statt. Aber ohne eine Massenmitgliedschaft und ohne ausreichende politische Macht musste er gewöhnlich Kompromisslösungen akzeptieren; also dass nur die ältesten Bäume geschützt wurden und dass die Talsperre zwar gebaut, aber ästhetisch verschönert wurde.

Gleichzeitig wurde Naturschutz auch zum Ziel einer Organisation der Arbeiterklasse. Naturschutz war eigentlich nie eine Kernidee des Sozialismus, obgleich Marx, Engels und Bebel hin und wieder die vom Kapitalismus verursachte Ressourcenverschwendung, Naturzerstörung und Verschmutzung kritisierten. Deshalb musste der Naturschutz durch die Hintertür eintreten. Das passierte als Teil des Versuches, eine Arbeiterkultur als Gegenbeispiel zur kapitalistischen Kultur ins Leben zu rufen. Diese Arbeiterkultur sollte, neben den Gewerkschaften und der Partei, die dritte Säule der Arbeiterbewegung sein.

In diesem Kontext wurden 1895 in Wien die *Naturfreunde* als Organisation der Arbeiterklasse gegründet. Die Organisation verbreitete sich rasch, und ab 1905 gab es die Naturfreunde auch in Deutschland. Für die Naturfreunde war der Naturschutz zwar ein Ziel, aber es war immer nur ein Ziel unter vielen. Die Naturfreunde haben Wanderungen im Wald gemacht, Familienfeste veranstaltet, Naturfreundehäuser im Wald errichtet, Wanderwege gebaut, Vorlesungen über die Natur veranstaltet usw.

Darüber hinaus haben sie sich oft über die Zerstörung der Natur beschwert und auch gegen ihre Zerstörung protestiert, so gegen Abholzung, Flusskanalisierung und gegen Landbesitzer, die ihnen Zugang zu Wanderwegen verweigerten. Sie versuchten auch Lobbyarbeit durchzuführen, aber dies hatte nur wenig Erfolg. SPD-Abgeordnete haben sich zwar ab und zu für Naturschutzmaßnahmen eingesetzt, aber ihnen fehlte die Macht, solche Gesetze durchzusetzen. Die Naturfreunde waren prinzipiell überparteilich, aber in den 20er Jahren wurden einige lokale Gruppen von Kommunisten übernommen und dann von der Organisation ausgeschlossen, was die Organisation schwächte.

Weniger ideologisch war der *Bund für Vogelschutz*, der 1899 in Stuttgart gegründet wurde. Im Gegensatz zu dem Bund für Heimatschutz und den Naturfreunden, die viele Ziele verfolgten, war Vogelschutz der einzige Belang des Vogelschutzbunds. Die Mitglieder waren Ornithologen, Lehrer, Beamte, Aristokraten und sogar ein paar Industrielle. Die erste Präsidentin war Lina Hähnle, die Frau eines Industriellen; sie blieb fast bis zum Zweiten Weltkrieg im Amt. Mit finanzieller Unterstützung von der reichen Familie Hähnle konnte der BfV seine Mitgliedsbeiträge sehr niedrig halten; deshalb wuchs er ziemlich schnell. Die Organisation kaufte und pachtete Naturschutzgebiete, veröffentlichte Bücher und veranstaltete Vorlesungen über Vögel und Vogelschutz. Schließlich organisierte sie auch Boykotte von Federmoden. Der BfV war überparteilich, aber er bemühte sich, Kontakte zu Politikern und Beamten zu pflegen und führte auch Lobbyarbeit durch, hauptsächlich hinter den Kulissen.

Bis in die 20er Jahre waren die Naturschutzorganisationen in Deutschland ziemlich gut institutionalisiert. Jede hatte eine Rolle in der Gesellschaft; Heimatschutzbund und Vogelschutzbund konnten sogar etwas Einfluss ausüben und geringe Subventionen erhalten.

2.2 Die Nazizeit

Die zweite Periode in der Geschichte der deutschen Umweltorganisationen bildete die Nazizeit. Der Aufstieg und die Machtübernahme der Nationalsozialisten hatten verhängnisvolle Konsequenzen für die Naturschutzorganisationen. Der Nationalsozialismus war auch selbst eine gewaltige soziale Bewegung. Obgleich die Nazi-Ideologie kaum einheitlich und widerspruchsfrei war, enthielt sie trotzdem allerlei naturschutzrelevante Ideen. Einige dieser Ideen stammten von

Rudorff und seinem Vorgänger Wilhelm Riehl. Besonders verlockend für die Naturschützer erwies sich die vom Nazi-Theoretiker Walther Darré oft verwendete Phrase “Blut und Boden”. Damit war gemeint, dass man die geistige Verbindung zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Boden wiederherstellen wollte. Die Nazis konnten tatsächlich auch bedeutende Umweltleistungen vorweisen. Das Wichtigste von diesen war das Naturschutzgesetz von 1935.

Doch Vieles lief in eine ganz andere Richtung: der Ausbau des Autobahnnetzes, die Kriegsvorbereitungen und die Intensivierung der Landwirtschaft zur Erlangung der Autarkie des Reiches waren kaum mit Naturschutz in Einklang zu bringen. Die Vollstreckung der neuen Naturschutzgesetze war ebenfalls oft unzulänglich, vornehmlich nach Kriegsbeginn.

Bis 1933 blieben die Naturschutzorganisationen überparteilich, aber danach mussten sie mit der Gleichschaltung zurechtkommen. Im Klartext: um ihr Fortbestehen zu sichern, mussten sie ihre Selbstständigkeit aufgeben und unter Staatsaufsicht arbeiten.

Der *Bund für Heimatschutz* war für die Nazi-Ideologie am empfänglichsten. Sein erster Präsident, Paul Schultze-Naumburg, war schon vor 1933 in der NSDP aktiv, und sein Nachfolger war ebenfalls von den Nazis begeistert. Nach 1933 unterwarf sich der Heimatschutzbund der Parteilinie, und die Regierung unterstützte seine Arbeit. Trotzdem war der Verlust der Selbstständigkeit beunruhigend, und der Bund versuchte immer wieder, die Regierungsaufsicht zu begrenzen.

Der *Bund für Vogelschutz* hatte mit den Nazis weniger gemeinsam, aber seine Leiter haben auch seine Gleichschaltung hingenommen. Sie waren auch von den neuen Naturschutzgesetzen begeistert. Ein Parteimitglied wurde Präsident, obgleich die ehemaligen Leiter weiterhin die alltägliche Organisationsarbeit durchführen konnten. Der BfV wurde in *Reichsbund für Vogelschutz* umbenannt, und andere Vogelschutzgruppen mussten sich dem Reichsbund anschließen. Er erhielt sogar Zuschüsse, um neue Gruppen in “Großdeutschland” zu gründen.

Das Schicksal der *Naturfreunde* war während der NS-Zeit weniger angenehm. Wegen der Verbindungen zwischen dieser Organisation, den Gewerkschaften und den Linksparteien wurden sie aufgelöst und ihre Naturfreundehäuser enteignet. Einige Leiter wurden ins Gefängnis geworfen oder gar hingerichtet.

2.3 Die Nachkriegszeit

Die dritte Periode der Geschichte der deutschen Umweltorganisationen dauerte von 1945 bis etwa 1970. Nach dem Krieg hatten der Wiederaufbau der Wirtschaft und der Städte, die Schaffung einer selbstständigen Regierung, die Assimilation der Vertriebenen, usw. die höchste Priorität. Dem Umweltschutz wurde damals dementsprechend keine hohe Priorität eingeräumt.

Nichtsdestotrotz haben einige Mitglieder der Umweltorganisation sofort damit begonnen, die Organisationen wiederaufzubauen.

Die Mitglieder der Umweltorganisationen mussten erst die Erlaubnis von den Besatzungsmächten erhalten, bevor sie ihre Organisationen wiederaufbauen konnten. Die Besatzungsbehörden führten zunächst die "Entnazifizierung" durch; d.h. die ehemaligen Leiter, die allzu begeisterte Nationalsozialisten gewesen waren, durften keine Führungsrolle mehr übernehmen. Dies fiel einigen Naturschutzorganisationen schwer, vor allem dem Heimatschutzbund. Die große Aufgeschlossenheit gegenüber der Nazi-Ideologie und der Gleichschaltung hatte auch ihr Ansehen geschädigt. Darüber hinaus waren die Büros und Akten von allen Umweltorganisationen während des Krieges mindestens teilweise zerstört worden.

Der Wiederaufbau Westdeutschlands entwickelte sich zum berühmten Wirtschaftswunder. Der Umweltschutz hatte damals noch keine hohe Priorität, weder für die Bevölkerung noch für die Adenauer-Regierung, auch wenn der Rhein sich mehr und mehr zu einem Abwasserkanal entwickelte und der Himmel über der Ruhr überhaupt nicht himmelblau war. Trotz aller Hindernisse gelang es den Umweltorganisationen gleich nach dem Krieg, sich wieder zu etablieren, so auch den Naturfreunden. Sie haben mehr oder weniger ihre alten Ziele und Strategien wieder aufgenommen, aber es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis sie ihre Vorkriegsmitgliederzahl wieder erreichen konnten. Sie beteiligten sich weder an den großen Anti-Atombomben-Demonstrationen, noch an den lokalen Protesten gegen Wasser- und Luftverschmutzung.

Der *Bund für Heimatschutz* hatte lange Zeit mit seiner Geschichte und seiner neuen Zielsetzung zu kämpfen. Schließlich fand er eine Nischenrolle als Beschützer der Architektur und Sitten der Vergangenheit. Naturschutz hatte kaum noch Priorität, und neue Umweltprobleme hatte man gar nicht im Visier. Der *BfV* hatte ebenfalls gleich nach dem Krieg seine Arbeit wieder aufgenommen. Er betonte seine Überparteilichkeit noch einmal. Präsident wurde der Sohn von Lina Hähnle, doch trotzdem blieb der Einfluss des Vogelschutzbundes gering.

Die *Naturfreunde* wurden wieder ins Leben gerufen, aber die Organisation musste lange kämpfen, um ihre Naturfreundehäuser zurückzugewinnen. Darüber hinaus erlebten die Naturfreunde eine Art Identitätskrise. Die Kommunisten waren unterdrückt und der alte Bundesgenosse, die SPD, wandelte sich mit dem Godesberger Programm in eine moderate Linkspartei um. Seit dem Krieg traten die Naturfreunde hauptsächlich als Wanderclub auf, auch wenn sie sich gelegentlich mit Umweltbelangen beschäftigten und hin und wieder radikale Positionen vertraten.

Eine Naturschutzorganisation ganz neuer Art kam 1961 in Großbritannien und 1963 in Deutschland auf: der "*Worldwide Fund für Nature*" (damals "World Wildlife Fund") oder WWF. Diese Organisation ist allseits bekannt, doch man muss daran erinnern, dass damals die Ziele des

WWF viel enger und konservativer waren als heute; d.h. Rettungsaktionen für die "Mega-Fauna" in Afrika und Asien waren an der Tagesordnung, aber nicht die Bekämpfung der Erderwärmung. Der WWF war keine Bewegungsorganisation, sondern eine Stiftung mit Industriellen, Wissenschaftlern und Prominenten im Vorstand. Statt Mitglieder kannte der WWF bloß Förderer. Man brauchte nur eine jährliche Überweisung zu tätigen, um die Natur zu retten.

Die Nachkriegsprobleme von Ostdeutschland waren sogar noch schlechter als im Westen, aber auch hier haben Umweltschützer versucht, ihre Organisationen wiederaufzubauen. Allerdings blieben die Behörden in der SBZ (und später in der DDR) gegenüber den Naturschutzorganisationen sehr skeptisch, besonders aufgrund ihrer engen Verbindungen mit der Nazi-Ideologie und wegen des stark bürgerlich geprägten Klassenhintergrundes ihrer Mitgliedschaft. Deshalb wurden hier die Naturschutzorganisationen noch einmal "gleichgeschaltet". Sie mussten Teil der Natur- und Heimatfreunde innerhalb des Kulturbundes der DDR werden. Nicht alle Mitglieder waren begeistert, aber sie konnten ihre Naturschutzarbeit nicht weiter betreiben, solange sie sich nicht zum Sozialismus bekannt hatten. So versuchten sie innerhalb des Systems zu arbeiten, um die Behörden dazu zu bewegen, den Naturschutz ernster zu nehmen.

2.4 Die Phase der Konfrontation

Die vierte Periode der Geschichte der deutschen Umweltorganisationen war die Phase der Konfrontation von ca. 1970 bis Mitte 1980. In den 60er und 70er Jahren gab es viele neue Entwicklungen, die den Umweltschutz stark in den Vordergrund gebracht haben. Darunter sind folgende zu verzeichnen: 1) Bücher wie "Der stumme Frühling", "Ein Planet wird geplündert" und "Tanz mit dem Teufel", 2) wachsende Umweltverschmutzung, 3) der Club of Rome Report "Grenzen des Wachstums", 4) der U.S. Earth Day und 5) die am Anfang der 70er Jahre von der Brandt-Regierung verabschiedeten neuen Umweltgesetze.

Auf der lokalen Ebene gab es immer mehr Bürgerinitiativen, die gegen Straßenbauprojekte, Verkehrsprobleme, Kernkraftwerke, Startbahn-Verlängerungen usw. kämpften. Diese Bürgerinitiativen waren zum großen Teil nicht formell organisiert und nur von kurzer Dauer. Sie beschwerten sich immer wieder, dass sie von den Behörden ignoriert wurden. Darüber hinaus entwickelte sich in den 70er Jahren nach und nach eine Gegenkultur, in der Umweltschutz ein wichtiges Thema war. 1972 haben einige Bürgerinitiativen den *Bundesverband Bürgerinitiativen Umwelt* (BBU) gegründet, ein lockeres Netzwerk, das als Informationsaustausch- und Koordinationsstelle fungieren sollte. Der BBU wurde stark von Themen der Gegenkultur geprägt, z.B. Basisdemokratie, Anti-Technologie, einfaches Leben, Anti-Bürokratie usw.

Von Anfang an musste der BBU mit vielen Problemen kämpfen. Seine Mitgliederorganisationen wollten ihm nicht zuviel Macht geben. Manche Mitgliederorganisationen bezahlten den

Mitgliedsbeitrag nicht. Die Geschäftsstelle war immer unterbesetzt und die Kasse war meist leer. Es kam immer wieder zu Konflikten innerhalb der Organisation, und allein charismatische Führer konnten alles zusammenhalten.

Nach den Öl-Preisschocks der 70er Jahre beschloss die Schmidt-Regierung die Kernkraftindustrie auszubauen. Als die Bürgerinitiativen und der BBU starken Widerstand gegen die Kernkraft leisteten reagierte die Regierung mit kompromisslosem Widerstand. Das Ergebnis war eine Reihe großer Demonstrationen; einige davon entwickelten sich zu gewaltigen Konfrontationen zwischen Demonstranten und der Polizei. Dadurch wurden die Umweltbewegung und die Anti-AKW-Bewegung vereinigt und radikalisiert, und die Bevölkerung wurde auch polarisiert. Ende 1970 spaltete sich der BBU in radikale und moderate Fraktionen auf; er konnte bis in die 90er Jahre etwas Einfluss behalten, aber er hatte bis 1995 nahezu keinen Einfluß mehr. Für die bestehenden Umweltorganisationen waren die Entwicklungen der 70er und 80er Jahre gleichzeitig Bedrohung und Gelegenheit. Wegen ihrer Geschichte und ihrer gewohnten Strategien und Arbeitsweisen waren sie einerseits schlecht geeignet, um als Bewegungsorganisationen zu fungieren. Andererseits, sofern es ihnen gelang, sich an die neue Situation anzupassen, konnten sie Nutznießer der neuen Lage werden.

Der *Heimatschutzbund* versuchte erneut, sich als Umweltschutzorganisation zu profilieren, doch mit seiner konservativen Mitgliedschaft hatte er nur geringe Chancen, ein zentraler Akteur der neuen Umweltbewegung zu werden. Er wurde von der Presse und den anderen Umweltorganisationen kaum beachtet.

Der *WWF* spielte in den Konfrontationen der 70er und 80er Jahre auch fast keine Rolle, er wurde erst viel später Gegner der Kernkraft. Seine Unterstützer waren konservativer als die der anderen Umweltorganisationen, und sein Vorstand war voller Topmanager aus der Wirtschaft. Bewegungsaktivisten kritisierten auch immer wieder die undemokratische Struktur des WWF. Gleichwohl war es offensichtlich, dass der WWF Naturschutz betrieb und mit dem wachsenden Umweltbewußtsein vermochte auch er etwas Wachstum zu verzeichnen.

Der Aufstieg einer neuen radikaleren Umweltbewegung bereitete dem *BfV* viele Schwierigkeiten. Er bekannte sich zwar zum Naturschutz, aber seine lokalen Gruppen waren voll von konservativen Vogelbeobachtern, die mit den in der Gegenkultur verankerten Umweltaktivisten wenig gemeinsam hatten. Seine Strategie war immer ziemlich konservativ gewesen, er hatte Konfrontationen vermieden und Lobbyarbeit innerhalb des Systems betrieben. Trotzdem boten die Umweltbewegung und das wachsende Umweltbewusstsein dem BfV eine große Gelegenheit, der er kaum widerstehen konnte. In den 70er und 80er Jahren hat er eine Reihe von neuen Organisationsprogrammen verabschiedet, jedes etwas breiter und radikaler als das vorherige. Diese Entwicklung brachte viele Konflikte mit sich. Die Jugendgruppe der Organisation hatte den

Anstoß zu diesem Wandel gegeben. Infolgedessen wurde der Leiter der Jugendgruppe, Jochen Flasbarth, mit einem Ausschlussverfahren bedroht. Tausende von Mitgliedern traten zurück, nachdem die Organisation schließlich eine Stellungnahme gegen die Kernkraft verabschiedet hatte. Ironischerweise wurde Flasbarth später Präsident des Verbandes. Obwohl dieser Kurswechsel äußerst kontrovers gewesen war, hat er sich am Ende gelohnt. Die Organisationen wuchsen rasch und konnten viel mehr Einfluss ausüben.

Eine ähnliche Transformation erfuhr *der Bund für Naturschutz in Bayern* (BN), auf dessen Geschichte ich hier nicht eingegangen bin. Der BN wurde 1913 in Bayern gegründet und war immer die größte regionale Naturschutzorganisation. Bis in die 70er Jahre war er immer sehr systemkonform und eng mit den bayrischen Naturschutzbehörden verflochten. Am Ende der 60er Jahre formierte sich eine Oppositionsgruppe innerhalb des BN. Sein Leiter war Hubert Weinzierl, der erst nach einer heftigen Auseinandersetzung zum Vorsitzenden gewählt wurde. Weinzierl und seine Mitstreiter wollten einen moderneren Ansatz, der nicht nur Naturschutz, sondern auch Umweltschutz betonte, um so auch die Mitgliederzahl zu vergrößern. Der BN wurde auch immer skeptischer gegenüber Kernkraftenergie, und nach und nach bewegte sich die Organisation von Skepsis bis hin zum Widerstand. Das führte zu einem großen Streit mit der die Kernkraft befürwortenden bayrischen Regierung.

Um 1974 gelangten Weinzierl und gleichgesinnte Leute in anderen Bundesländern zu dem Schluss, dass Deutschland eine neue Umweltorganisation brauchte. Sie wollten eine Organisation, die als Bewegungsorganisation fungieren konnte, ohne so desorganisiert und radikal wie der BBU zu werden. 1975 haben sie deshalb den *Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland* (BUND) ins Leben gerufen. Die Gründer waren nicht alle linksorientiert; Herbert Gruhl, z.B. war der zweite Präsident, er war konservativer CDU-Abgeordneter und Autor. Im Kontext der Umweltbewegung konnte der BUND jedoch nicht ideologisch neutral bleiben. Er bewegte sich nach links, und Gruhl und seine Unterstützer verließen die Organisation, um selber eine Neue zu gründen.

Der BUND versuchte mehr noch als der Bund für Vogelschutz als Bewegungsorganisation zu agieren. Er führte auch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit durch, aber er hatte zugleich gute Kontakte zu den Bürgerinitiativen und dem BBU. Er konnte sogar einige Bürgerinitiativen als lokale BUND-Gruppen rekrutieren. Diese Doppelstrategie war zwar eine Gratwanderung, aber sie funktionierte, und der BUND wuchs sehr schnell.

Als neueste deutsche Umweltorganisation wurde 1980 *Greenpeace-Deutschland* gegründet. Greenpeace ist weithin bekannt, deshalb möchte ich nur ein paar Punkte hervorheben. Obwohl Greenpeace sicherlich ein Teil der Umweltbewegung war, hat es nie als eine typische Bewegungsorganisation agiert. Es machte seine Aktionen lieber allein und pflegte kaum Kontakte

zu anderen Umweltorganisationen oder lokalen Bürgerinitiativen. Greenpeace wie auch WWF wollten nichts mit Basisdemokratie zu tun haben. Der Verein selbst hat nur etwa 30 offizielle Mitglieder, seine Förderer können nicht wählen. Wie der Greenpeace-Fundraiser einmal gesagt hat, ihr Scheck ist ihr Stimmzettel. Wenn die Greenpeace-Kampagnen einem nicht gefallen, kann man die Spende schlicht einbehalten. Greenpeace bemüht sich nicht um eine Massenmobilisierung von Aktivisten; seine lokalen Gruppen sind klein und werden von der Zentrale stark kontrolliert. Schließlich, obwohl Greenpeace auch Lobbyarbeit betreibt, ist es seine Hauptaufgabe, das Umweltbewusstsein durch spektakuläre Aktionen zu erhöhen.

2.5 Neuere Entwicklungen

In vieler Hinsicht stellen laufende Entwicklungen in Deutschland für die Umweltorganisationen eine große Herausforderung dar. Die Wiedervereinigung und die stagnierende Wirtschaft lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Umweltfragen ab. Umweltprobleme werden zwar noch als wichtig betrachtet, aber sie sind nicht mehr vorrangig. Stattdessen beunruhigen Arbeitslosigkeit und Kürzungen die Bürger. Die offensichtlichsten Umweltprobleme sind nicht gelöst, aber sie sind gelindert worden. Es gibt wieder Fische im Rhein, selbst wenn man sie nicht verspeisen kann, und in Essen, wo ich jetzt wohne, ist der Himmel (mehr oder weniger) blau. Die wichtigsten Umweltprobleme sind jetzt entweder weit entfernt (so Kahlschläge in Indonesien oder das Aussterben von Tierarten in Amazonien) oder sie sind schwer verständlich, wie z. B. die Erderwärmung. Zudem behaupten jetzt fast alle großen Firmen, umweltfreundlich zu sein. Sie führen Öko-Audits durch, veröffentlichen jährliche Umweltberichte und setzen ökologische Modernisierung in Gang. Ein skeptischer Amerikaner könnte vermuten, dass es hier teilweise um "greenwashing" geht; trotzdem kann niemand abstreiten, dass die deutsche Wirtschaft umweltfreundlicher geworden ist. Die Regierung ist auch "grüner" geworden. Die Grünen sind sogar in der regierenden Koalition, und selbst die CDU bekennt sich zum Umweltschutz.

Teilweise wegen dieser Entwicklungen ist die Umweltbewegung selbst deutlich schwächer geworden. Aktivisten und Proteste gegen Castor-Transporte gibt es noch, aber die Bewegung kann nicht mehr Tausende von Bürgern auf die Straße bringen. Die Gegenkultur und die Umweltszenen sind fast verschwunden, es gibt weniger Bürgerinitiativen usw.

Wie passen sich die Umweltorganisationen dieser neuen Lage an? Man kann mehrere Trends erkennen. Zuerst professionalisieren sie sich zunehmend. Immer weniger Arbeit, insbesondere auf der nationalen Ebene, wird von freiwilligen Mitarbeitern geleistet. In den Büros vom NABU (dem ehemaligen Vogelschutzbund), BUND, WWF und Greenpeace arbeiten Naturwissenschaftler, Ökonomen, PR-Spezialisten, hochprofessionelle Fundraiser usw. Dann lässt sich eine steigende Abhängigkeit von Spenden in der breiten Öffentlichkeit nicht übersehen.

Greenpeace und WWF haben diese Strategie immer verfolgt, aber jetzt machen alle großen Umweltorganisationen mit. Sie brauchen eine große Menge von Förderern, um die professionellen Mitarbeiter und Angestellten zu finanzieren und die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu betreiben. Sie benutzen Direktwerbung und Werbung an Ständen und vor der Haustür, um neue Förderer und Spender anzuwerben. WWF, NABU und BUND schließen sogar Verträge mit Agenturen, um diese Werbung durchzuführen.

Bisher sind diese Strategien sehr erfolgreich gewesen. Das wirft die Frage auf, ob die Organisationen Stellungnahmen und Kampagnen abschwächen müssen, um die neuen Mitglieder und Spender anzuwerben. Kritiker behaupten, dass die Umweltorganisationen nicht mehr radikale Positionen vertreten, Konfrontation als Strategie nur selten verfolgen, zu kompromissbereit geworden sind und mit der Industrie und der Regierung verfilzt sind. Meines Erachtens sind solche Beschuldigungen übertrieben, aber sie sind wohl nicht unbegründet.

3 Schlußfolgerungen

Angesichts der turbulenten deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Langlebigkeit der deutschen Umweltorganisationen ein Wunder. Zwei der heute vier wichtigsten Organisationen sind schon vor 1913 gegründet worden, und die drei größten Naturschutzorganisationen von 1910 bestehen noch heute, auch wenn zwei gegenwärtig Umweltschutz nur als Sekundärziel verfolgen. Die Natur- und Umweltschutzthematik hat zwei Weltkriege, die Nazizeit, Stunde Null und den Kommunismus überlebt. Die Anziehungskraft von Natur- und Umweltschutz für die Menschen ist offenbar weder beiläufig noch zeitweilig.

Das bedeutet aber nicht, dass alle Umweltorganisationen schon immer dieselbe Zielsetzung mittels identischer Strategien verfolgt haben. Die Leiter der Organisationen mussten geschickt taktieren, um das Überleben ihrer Organisationen sicherzustellen. In den 20er Jahren betrieb der BfV nur Vogelschutz, hauptsächlich mittels Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit hinter den Kulissen. In den 90er Jahren verfolgte er eine viel breitere Palette von Naturschutzzielen durch Proteste und Demonstrationen, Lobbyarbeit vor den Kulissen und Öffentlichkeitsarbeit. Vor und nach der Nazizeit war er überparteilich, aber während der Nazizeit wurde er zum Reichsbund für Vogelschutz. In den 20er Jahren versuchte der Bund für Naturschutz in Bayern schlicht die schöne bayerische Natur zu schützen. Er agierte fast vollkommen systemkonform und war mit der bayerischen Regierung eng verflochten. In den 80er Jahren ist er eine überregionale Organisation geworden, die eine Schlüsselrolle als einer der Hauptgegner der Atomkraft-industrie spielte. Welche Zielsetzung und Strategien die Organisationen verfolgten, war teilweise von der

“politischen Gelegenheitsstruktur” bedingt. Vor 1933 musste eine Naturschutzorganisation, die die Arbeiterklasse für Naturschutz mobilisieren wollte, eng mit den Gewerkschaften und der SPD zusammenarbeiten. Während der Nazizeit und in der DDR bis Ende der 80er Jahre gab es fast keine Gelegenheit, eine Proteststrategie umzusetzen. In der BRD, wo das Protestrecht garantiert wurde, waren Demonstrationen und Proteststrategien aber naheliegende Strategien, als die Regierung den Ausbau der Kernkraftenergie beschloss. In jedem Fall haben sich die Umweltorganisationen an die Gelegenheitsstruktur angepasst.

Die Zielsetzung und die Strategien der Organisationen hängen jedoch nicht einzig und allein davon ab, wie man theoretisch die Natur und die Umwelt am effektivsten schützen könnte. Der Theorie offener Systeme nach muss eine Organisation auch Ziele und Ansätze auswählen, mit denen man Unterstützer und Ressourcen anziehen kann. Mit einer Konfrontationsstrategie hätte der Bund für Vogelschutz in den 20er Jahren z.B. nicht die Unterstützung von Lehrern, Professoren, Industriellen und dem Adel erlangen können. Deshalb hat die Organisation *innerhalb* des Systems gearbeitet. In ähnlicher Weise gab es in der Nachkriegszeit kaum eine Strategie, mit der man eine breite Öffentlichkeit für den Naturschutz hätte gewinnen können. Die Organisationen mussten daher auf bewährte Strategien zurückgreifen, um ihre alten Kernmitglieder zurückzugewinnen. Und wenn eine Umweltorganisation ihre Zielsetzung und Strategie verändern will, muss sie in Kauf nehmen, dass Widerstand ganz wahrscheinlich ist. Der BfV hat z.B. Tausende von Mitgliedern verloren, als er eine Stellungnahme gegen Atomkraft verabschiedet hat.

Wenn sie ihre Zielsetzung und Strategie beschließen, agieren Umweltorganisationen immer in einem Spannungsfeld zwischen Interessengruppen- und sozialen Bewegungsstrategien. Interessengruppen-Strategien bedingen Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und maßvolle Forderungen. Im Extremfall läuft es auf Korporativismus hinaus. Als feste Organisationen sind Umweltorganisationen dazu ja gut geeignet. Weil sie häufig gegen die Machtzentren der Gesellschaft kämpfen müssen, können Umweltorganisationen, die keine große Mitgliederzahl verzeichnen, nur begrenzten Erfolg haben. Natur- und Umweltschützer haben deshalb immer wieder versucht, große nationale Organisationen mit festen Strukturen aufzubauen. Solche Organisationen haben viele Vorteile, wenn man die Politik beeinflussen will. Trotzdem sind die Umweltverbände mit dieser Strategie kaum immer erfolgreich gewesen. Ihre Ziele könnten sie nur durchsetzen, wenn mächtige Akteure (z.B. Wirtschaft, Gewerkschaften) zum Verzicht auf eigene Interessen bereit wären.

Deshalb sind soziale Bewegungen für Umweltorganisationen äußerst verlockend. Wenn eine Umweltorganisation sich einer mächtigen Bewegung anschließen kann, kann sie potentiell eine Menge motivierter Unterstützer anziehen, Spenden einwerben, die Regierung einschüchtern usw.

Nichtsdestoweniger ist die Teilnahme an sozialen Bewegungen auch für Umweltorganisationen gefährlich. In der deutschen Geschichte gab es eigentlich fast nie eine reine Umweltbewegung. Natur- und Umweltschutz lassen sich offenbar leicht mit anderen Belangen und sozialen Bewegungen kombinieren: so mit dem Schutz von traditionellen Sitten, Anti-Urbanismus, Arbeiterkultur, Rassismus und Nationalsozialismus, Friedensbewegung, Feminismus usw. Aber wenn eine Bewegung mehrfache Ziele verfolgt, besteht die Möglichkeit, dass die anderen Ziele wichtiger werden können als die Umweltziele, wie z.B. im Falle des Bunds für Heimatschutz in den 20er Jahren oder im Fall der Nazi-Bewegung. Überdies, wenn eine Bewegung von ihren Gegnern besiegt wird, könnten die mit ihr eng verbündeten Organisationen abgeschafft werden. Das war das Schicksal der Naturfreunde 1933. Auch wenn so etwas nicht passiert, kann eine Organisation, die nur als oppositionelle Bewegungsorganisation betrachtet wird, ausgegrenzt werden und Zugang zur Industrie und Regierung wie auch die Akzeptanz der Öffentlichkeit verlieren. Schließlich sind Bewegungen fast definitionsgemäß locker, dezentralisiert und chaotisch. Deshalb kann alles außer Kontrolle geraten wie z.B. im Falle des BBU.

Jedenfalls ist die Geschichte von Versuchen, die Natur zu retten oder die Umwelt zu schützen, nicht nur als eine Geschichte von Bewegungen zu erzählen. Dagegen spricht erstens, dass Natur und Umweltschutz in der Nazizeit und in der DDR vor 1989 von der Staatsseite gelenkt wurden. Zweitens gibt es Naturschutzorganisation, z.B. den WWF, die sich nicht richtig den Bewegungsorganisationen zuordnen lassen. Zuletzt kann eine Umweltorganisation manchmal als Bewegungsorganisation fungieren und manchmal nicht. Nach dem 2. Weltkrieg war der staatsnahe Bund für Naturschutz in Bayern bestimmt keine Bewegungsorganisation, aber in den 70er und 80er Jahren fungierte er als eine Kernorganisation der Anti-Kernkraft Bewegung.

Natur- und Umweltschutzorganisationen sind immerhin nicht als Linksmonopol zu sehen, egal ob sie als Interessengruppen oder Bewegungsorganisationen auftreten. Einige der Gründer des Heimatschutzbunds waren äußerst reaktionär, und die Nazis behaupteten auch, Naturschützer zu sein. Und vor nicht langer Zeit gab es einen ernsthaften Versuch, den Bund in eine konservative Ökologie-Partei umzuwandeln. Rechtsökologie gibt es heute noch in Deutschland und in gewisser Hinsicht auch in den USA. Was fast sicher ist, dass es — ob rechts oder links orientiert — Umweltorganisationen auch in der Zukunft geben wird.

Ich bedanke mich nochmals für die Gelegenheit, dass ich über meine Forschung berichten konnte.

Papers über deutsche Umweltorganisationen von William T. Markham

William T. Markham and Sabrina T. Broselow, "Trolling for Members and Donations: The Internet Pages of German and U.S. Environmental Organizations" Revision of a paper presented at the Conference of the International Society for Third Sector Research, Geneva Switzerland, 1998

William T. Markham, "Fundraising Strategien von Umweltorganisationen: World-Wide-Web-Präsentationen deutscher und amerikanischer Umweltverbände," BSM - Newsletter: Informationsbulletin der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmarketing: Deutscher Fundraising Verband, February, 1999, 54-57

William T. Markham, "Dilemmas of Environmental Activism: The Case of German Environmental Organizations," Paper presented at the New Natures, New Technologies Conference of the Environment and Technology Section, International Sociological Association, Cambridge, England, July, 2001

William T. Markham, "Seductions of the Left and Right: Ideologies and Social Movements in Twentieth Century German and Environmentalism," Paper presented at the World Congress of the International Sociological Association, Brisbane Australia, 2002.

William T. Markham, "Nature Protection in Germany: Persistence and Change in a Turbulent Century," Paper presented at the 2003 meetings of the European Sociological Association, Murcia, Spain

William T. Markham, "Networking Local Environmental Groups in Germany: The Rise and Fall of the National Alliance of Citizens' Initiatives for Environmental Protection," Paper presented at the International Sociological Association Community and Ecology Conference, San Francisco, 2004